



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bemerkungen zum Tage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Bemerkungen zum Tage

Polnische Irrungen. Die Politik des 5. November 1916 ist zusammengebrochen. Nach Meldungen aus Warschau „hat der provisorische Staatsrat beschlossen, sein Mandat niederzulegen. Ferner hat er die Bildung eines Ausschusses beschlossen, dem sämtliche Verwaltungs- und Haushaltsangelegenheiten, für die der Staatsrat zuständig ist, insbesondere diejenigen betreffend Übernahme des Gerichts- und Schulwesens, übertragen werden sollen“. In der von Wolff verbreiteten offiziellen Meldung heißt es dann zum Schluß: „Der bisherige Zustand wird durch diese Beschlüsse sachlich nicht verändert, da die Bildung des Ausschusses die Fortführung der Staatsratsgeschäfte sichert.“

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt hierzu: „... es liegt im slawischen Volkscharakter, daß er sich nur langsam und widerstrebend zu einer festen und geschlossenen Taktik organisieren läßt. Aber mit solchen Schwierigkeiten hat man naturgemäß bereits rechnen müssen, als die polnische Autonomie in die Wege geleitet wurde.“

Hier ist zutreffend der innerste Grund angedeutet, weshalb die Politik des Herrn von Bethmann Hollweg in Polen Schiffbruch leiden mußte. Es fehlte ihr die ruhige, Vertrauen erzwingende Kraft, die ihrer ganzen großen Verantwortung bewußt, die Geschichte Polens fest in die Hand nahm. Statt eines zielsicheren Aufbaues begann bald nach der Einnahme von Warschau ein zögerndes, schwankendes Geben von Einzelgaben, die man sich durch Bettel und Intrige und grobe Schmeichelei ablisten ließ. Unsicher auf unbekanntem Terrain tastend, glaubte man das Heil darin erkennen zu müssen, daß man sich von der Verantwortung lossagte und sie auf die schwachen Schultern des polnischen Staatsrates legte. Gewiß, die Polen haben es gewollt! Sie drängten danach, wie der ideale Jüngling nach Betätigung in den höchsten Wirkungskreisen sich drängt! Sie drängten danach, ohne einen Begriff von der Größe der zu leistenden ernststen, sauern, zermürbenden Tagesarbeit zu haben, die ihnen bevorstand, und in der Hoffnung ein Volk hinter sich zu haben, reifer wie jenes, das dem Marquis Wielopolski im Jahre 1863 den Aufbau eines polnischen Staates durch sein kindisches Drängen unmöglich machte. Sie drängten sich gewiß mit gutem Willen: die Radziwil, Konikier, Drucki-Lubecki, die Professoren Kowalski, Brudzinski und wie sie alle hießen, stellten sich seinerzeit durchaus ohne Falsch und im guten Glauben an ihr Können dem Generalgouverneur zur Verfügung. Und nicht sie trifft der Vorwurf, wenn heute das Gebäude zusammenbricht, sondern jene, die übersehen, daß sie es nicht mit hart geschmiedeten politischen Kämpfern zu tun hatten; mit gefestigten Politikern, die es wagen würden auch gegen den Strom zu schwimmen. Es wurde von unserer Seite

übersehen, daß wir es zu tun haben mit Politikern des Salons, die fern vom eigentlichen Kampfplatz der Parteien und Meinungen, der Nationalitäten und Bekenntnisse sich einem Spiel der Gedanken, der Phantasie voll von heißen Wünschen hingegeben hatten.

War es Mangel an Lebenserfahrung? Hat sich Michel, der Emporkömmling seit fünfzig Jahren, von den viel belesenen, weltgewandten polnischen Herren mit den großen, durch Jahrhunderte klingenden Namen oder gar von dem jüdischen Skribenten mit dem deutschen Namen aus Krakau imponieren lassen? Unsere Enkel werden es vielleicht aus nachgelassenen Tagebüchern und Briefen erfahren! Oder schien es ratsamer, die Verantwortung zu teilen? Auch darüber werden vielleicht erst diejenigen ein klares Bild erhalten, die einmal die Lebensgeschichte des Eroberers von Antwerpen und Nowo Georgiewsk zu lesen bekommen.

Wir beurteilen die polnischen Möglichkeiten nach dem polnischen Volkscharakter und nach den Einflüssen der deutschen und russischen Polenpolitik darauf. Und diese sagen uns, daß es ein an Leichtfertigkeit grenzendes Vertrauen war, das unseren polnischen Freunden den Aufbau des neuen polnischen Staates als eines Bollwerks gegen den Osten noch während des Krieges übertrug. Wir haben dadurch weder uns noch den Polen einen Dienst erwiesen. Wir haben lediglich ein Kapital von Vertrauen und gutem Willen verwirtschaftet, bei uns, bei den Polen und bei den Neutralen. Man stelle sich doch vor, — wenn man die politischen Maßnahmen einer Großmacht überhaupt glaubt vom Wohlgefallen des Auslandes abhängig machen zu müssen, — welchen Eindruck es z. B. hervorruft, daß derselbe Staat, der eben noch gegen die Polen mit den schärfsten Ausnahmegesetzen vorgegangen ist, plötzlich dieselben Polen mit den reichsten politischen Gaben bis zur Proklamierung eines eigenen Staates einschließlich überschüttet! Da es im Kriege geschieht, wirkt es vor allen Dingen als Eingeständnis der Schwäche. Da der Krieg aber Härten nach sich zieht, die wohl das kriegführende Volk geduldig hinnimmt, nicht aber ein zu staatlichem Leben neu erwecktes, das die versprochene Freiheit vor allem zur Selbstbestimmung zu nutzen gedenkt, so wirken diese staatsrechtlichen Wohltaten zweideutig und fordern aller Orten das Mißtrauen heraus. Voll Mißtrauen muß es auch alle jene erfüllen, die wissen, welche elementaren Kräfte Rußland und Deutschland aufeinander anweisen. Herr von Beseler entließ im Sommer 1916 einen seiner politischen Mitarbeiter ungnädig mit dem Bemerkten: „Ja, . . . es geht eben nicht immer so, wie man gern möchte!“ Die Entwicklung in Polen beweist die Wahrheit dieses Wortes aufs neue: in der Politik soll man das wollen, was im Zuge der Entwicklung liegt. Dazu muß man die Elemente der Entwicklung kennen. Wollten wir uns ein Bollwerk gegen Rußland bauen, so mußten wir den Mut haben, es selbst zu machen. Einmal vorhanden, hätten sich auch schon die polnischen Soldaten gefunden, es zu verteidigen.

Für die politische Lage an unserer Ostgrenze kann ich den Entschluß des Staatsrats, zurückzutreten, nur als eine Erleichterung und Klärung bezeichnen, gleichgültig, welcher äußere Grund ihn zu diesem Schritt veranlaßt haben mag. Er gibt uns die Möglichkeit, unsere aufbauende Arbeit da wieder aufzunehmen, wo wir sie im Dezember 1915 verlassen haben. Ob es freilich angebracht ist, unter diesen Verhältnissen auf eine baldige völlige Selbständigkeit Polens zu

hoffen, wie es eine halbamtliche Verlautbarung aus Wien tut, das möchte ich bezweifeln.

G. Kleinow

Parlamentarismus. Es ist noch gar nicht lange, daß man dieses Schlagwort des heutigen öffentlichen Lebens, „Parlamentarismus“, kennt. Der Altreichskanzler Bismarck hätte es mit einem Lächeln abgemacht und seine Nachfolger hätten zum mindesten sich keinen schweren Gedanken darüber hingegeben. Nun steht es plötzlich im Mittelpunkt aller Erörterung und die ganze Welt fragt sich heute mit Spannung, wie er neue Reichskanzler sich mit der Frage abfinden wird. Woher kommt nun diese Frage plötzlich? Die oft gehörte einfache Erklärung, daß die heutige schwere Zeit von einigen machthungrigen Parlamentariern ausgenützt werde, um für sich Vorteile herauszuschlagen, ist denn doch wohl etwas gar zu einfach. Man muß doch wohl etwas weiter gehen und fragen: Was wollen alle die Leute, die heute nach dem Parlamentarismus rufen?

Was man in anderen Ländern unter Parlamentarismus versteht, wissen wir, und da finden wir auch den Schlüssel zu allen Fragen: es ist die Verpflichtung der Regierung auf ein bestimmtes Programm. Im Parlamente bildet sich zunächst eine Mehrheit, die etwas bestimmtes will. Diese wählt dann aus ihrer Mitte Mitglieder, denen sie die Ausführung dieses Programms überträgt und setzt sie auf die Ministerfessel. Und wenn sich eine neue Mehrheit bildet auf Grund eines anderen Programms, dann muß die Regierung wechseln.

Bismarck handhabte denselben Gedanken umgekehrt. Er schuf sich selbst sein Programm und suchte sich danach seine Mehrheit. Und wenn sie auf sein Programm nicht mehr paßte, dann nahm er sich eine neue Mehrheit. Mit einer konservativ-liberalen Mehrheit führte er den Kulturkampf gegen das Zentrum Als er aber sein neues Schutzzollprogramm aufstellte, nahm er sich eine neue Mehrheit aus Konservativen und Zentrum.

Wie ist nun die Sache heute bei uns? Haben wir ein festes Programm? Wir haben es nicht und da liegt der Ausgangspunkt der ganzen Frage. Wenn man über die Zusammensetzung des heutigen Reichstages klagt, dann muß man sich entfragen, unter welchen Umständen er gewählt wurde. Die Finanzreform war von einem Block der Rechten gemacht und hatte vielen Arger ausgelöst. Nun kamen die Neuwahlen und weder die Regierung noch die Rechte hatte ein Programm. Die Linke fand einen brillanten Agitationsstoff in der Reichsfinanzreform und die Rechte konnte nur mit allgemeinen Grundsätzen antworten. So ist es dann aber auch weiter gegangen. Regierung und Rechte haben solange die Sachen tatenlos sich entwickeln sehen, bis sie jetzt auf einmal einer „Mehrheit“ gegenüberstehen. Was nun?

Daß die Friedensresolution eine ungeheure Unflughheit war, ist für mich außer Frage. Es brauchte aber gar nicht dahin zu kommen. Ohne jeden Zweifel wäre es möglich gewesen, auch eine bessere Resolution von rechts her zustande zu bringen. Wenn Konservative und Nationalliberale dem Zentrum eine nicht übertriebene aber kraftvolle eigene Resolution präsentiert hätten, wäre ganz sicher eine Einigung zu erzielen gewesen und die Sache sähe heute anders aus. Wenn man heute die Zentrumsstimmen liest, sieht man ja, daß die „Mehrheit“ etwas eigentümlich aussieht und selbst in freisinnigen Kreisen werden stark abweichende Ansichten laut. Mit Antifemiten und Deutschsozialen wäre eine Einigung ohne

weiteres zu erzielen gewesen. Alle diese Kreise brauchten nur ein Banner, um das sie sich scharen konnten; aber eben das fehlte.

Was aber vor allem fehlte, war eine eigene Aktion der Regierung. Wenn Herr Michaelis der Friedensresolution ein festes eigenes Programm entgegengestellt hätte, ist tausend gegen eins zu wetten, daß er irgendeine Majorität gefunden hätte. Er betonte mit starker Stimme, daß er sich die Initiative behalten werde, aber man sah doch nichts davon. Er erklärte sich mit Worten für die Friedensresolution der Linken, machte dabei aber zum mindesten eine stark beruhigende Geste nach rechts. Er ermahnte, die Nerven zu behalten, aber er bot doch allen denen, die ihre Nerven noch beisammen hatten, keinen Mittelpunkt, um den sie sich hätten scharen können.

Tatsache ist: die Friedensresolution ist das einzige positive Programm, das die letzte Zeit aufzuweisen hat. Und das ist auch der Grund, warum so zahlreiche Elemente ihm zugestimmt haben, die im Herzen lieber etwas anderes gesehen hätten, aber befeelt waren von der Empfindung, daß doch irgendeine Willensbildung stattfinden müsse.

Aus demselben Gedankengange stammt aber auch die Forderung des Parlamentarismus. Man empfindet es, daß man nicht nach Bismarckscher Tradition einem festen Regierungsprogramm gegenübersteht, zu dem man Stellung nehmen kann so oder so. Man kommt daher mit Notwendigkeit auf den Gedanken, dieses Programm selber zu schaffen, und das nennt man dann Parlamentarismus. Die weitere Folge ist dann die Forderung, bestimmte Parteivertreter auf die Ministerseffel zu setzen, um das Programm nun auch durchzuführen.

Nun frage ich bei alledem: Warum macht die Rechte das nicht selbst? Warum macht sie kein starkes deutsches Gegenprogramm und sucht dafür eine Mehrheit zu bekommen? Natürlich muß auch hier nachgegeben werden. Auf die nach der anderen Seite hin ebenso unbestimmten wie uferlosen Pläne des Grafen Reventlow kann man keine Mehrheit bekommen. Aber für ein scharf umrissenes „deutsches“ Friedensprogramm wäre ganz gewiß eine Mehrheit zu finden. Und wenn dann der Reichskanzler sich entschloße, einem solchen Programm ohne alle Einschränkung zuzustimmen, dann könnten wir dem Auslande eine feste deutsche Willensmeinung präsentieren, die den Frieden besser fördern würde als alles andere.

Daß meine eigene freikonservative Partei keinen Versuch in der Richtung gemacht hat, bedauere ich natürlich am meisten. Sie hätte nach ihrem ganzen Charakter und ihrer Geschichte geradezu die Pflicht dazu gehabt.

Aber das Ganze ist noch gar nicht zu spät! Wir können auch heute noch die Sache erfolgreich in die Hand nehmen! Ihr Männer der rechtsstehenden Parteien, ihr Nationalliberalen, ihr Zentrumsleute, die ihr die Resolution nur mit halbem Herzen mitgemacht habt, tut euch doch zusammen! Muß denn ein Parlamentarismus nur von links kommen? Dreht doch das gegen euch gerichtete Geschütz um und bedient es selber! Der Reichskanzler wird dann schon mitmachen und es kann dahingestellt bleiben, wer in Wahrheit die Initiative hat. Die Hauptsache ist ein einheitlicher, auf Regierung und Volksvertretung gleichermaßen gegründeter starker deutscher Wille!!!

Professor Dr. Bredt (Marburg), M. d. U.